

# Jugendpolitik

Eva Feldmann-Wojtachnia

Die Situation junger Menschen, ihre Belange und Bedürfnisse spielen in der EU eine besondere Rolle. Auch wenn Jugendpolitik kein eigenständiger Politikbereich ist, sind Jugendliche in einer Reihe von Gemeinschaftspolitiken beispielsweise in der Bildungs-, Sozial- und Beschäftigungspolitik eine herausgehobene Zielgruppe. Mit zahlreichen Maßnahmen versucht die EU kontinuierlich, jugendpolitische Belange hin zu einer Querschnittspolitik voranzubringen und junge Menschen in ihren Partizipations- und Mitgestaltungsmöglichkeiten zu stärken. Dabei will sie die Beteiligung der Jugendlichen am demokratischen Leben in Europa und den Kompetenzerwerb durch nicht-formales Lernen fördern.

Die Jugendpolitik ist eine Gemeinschaftsaufgabe der EU, Vertragsgrundlage sind die Art. 6 und 165 AEUV. Durch den Vertrag von Lissabon (2009) und die EU-Jugendstrategie wurde die jugendpolitische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten deutlich gestärkt. Mit der Novellierung der EU-Jugendstrategie hat die EU auf Grundlage der Entschließung des Rates vom 26. November 2018<sup>1</sup> für die Jahre 2019 bis 2027 eine neue Qualität und Intensivierung ihrer Jugendpolitik beschlossen, die mit einer Neuauflage und Erweiterung des Förderprogramms Erasmus+ und des Europäischen Solidaritätskorps (ESK) ab 2021 einhergeht. Der Jugendstrategie ist ein ambitionierter EU-Arbeitsplan für die Jugendpolitik angehängt. Auch wird die Fortführung des Strukturierten Dialogs als nunmehr EU-Jugenddialog mit der Politik als verbindliches Konsultations- und Partizipationsinstrument fortgeschrieben. Die zum Abschluss der vorausgegangenen Jugendstrategie entwickelten elf Europäischen Jugendziele<sup>2</sup> werden als politische Richtschnur für die Gestaltung der Jugendpolitik auf nationaler und europäischer Ebene erachtet.

## **EU-Jugendstrategie – Governance für die jugendpolitische Zusammenarbeit**

Den Handlungsrahmen für die EU-Jugendpolitik bietet die Jugendstrategie. Erstmals als EU-Strategie für die Jugend (2010 bis 2019) formuliert, hatte sie den Anspruch als „eine neue offene Methode der Koordinierung, [...] auf die Herausforderungen und Chancen einzugehen, mit denen die Jugend konfrontiert ist“<sup>3</sup>. Sie bedeutete einen neuen Impuls für die nationale Jugendpolitik der EU-Mitgliedstaaten, der allerdings keinen rechtlich bindenden Anspruch auf seine Umsetzung besitzt. Als Aktionsfelder wurden Bildung, Beschäftigung, Kreativität und unternehmerische Initiative, Gesundheit und Sport, Partizipation, soziale Integration, Freiwilligentätigkeit, sowie Jugend und die Welt (die Einbeziehung der Jugend in die Globalpolitik) definiert. Aktionsfeldübergreifend stellt dabei die

- 
- 1 Rat der EU: Entwurf einer Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu einem Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa: die EU-Jugendstrategie 2019-2027, in: Amtsblatt der EU 2018/C 456/01, 18.12.2018.
  - 2 Europäische Kommission: European Youth Goals, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/youth/policy/youth-strategy/youthgoals\\_de](https://ec.europa.eu/youth/policy/youth-strategy/youthgoals_de) (letzter Zugriff: 21.10.2020).
  - 3 Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission, Eine EU Strategie für die Jugend: Investitionen und Empowerment - Eine neue offene Methode der Koordinierung, um auf die Herausforderungen und Chancen einzugehen, mit denen die Jugend konfrontiert ist, 27.4.2009, COM(2009) 200 final.

nicht-formale Jugendarbeit eine weitere wichtige Komponente der EU-Jugendpolitik dar, die durch Mitgliedstaaten in ihrer Wichtigkeit anerkannt und unterstützt werden soll. Als Konsultations- und Partizipationsinstrument wurde der Strukturierte Dialog zwischen Jugend und Politik eingeführt. Anhand kontinuierlich stattfindender nationaler und europäischer Konsultationszyklen sollte sichergestellt werden, dass die Belange junger Menschen gehört werden und in die Politikgestaltung einbezogen werden. Zum Monitoring haben die Europäische Kommission und der Rat der Jugendminister alle drei Jahre einen gemeinsamen Jugendbericht veröffentlicht.

Die aktuelle EU-Jugendstrategie (2019 bis 2027) baut auf diese Ansätze auf und intensiviert die Mechanismen und Instrumente der Zusammenarbeit. Als Ergebnis der Evaluierung wird erkannt, dass die Aktionsfelder zuvor zu breit angelegt wurden und ihre Relevanz in den Mitgliedstaaten stark divergierte. Die aktualisierten jugendpolitischen Ziele gliedern sich dementsprechend nur noch in drei Aktionsbereiche: Beteiligung, Begegnung und Befähigung. Für eine verbesserte Beteiligung von Jugendlichen soll die Reichweite des Strukturierten Dialogs in Form eines inklusiveren EU-Jugenddialogs erweitert werden. Dieser soll sich an den von Jugendlichen im Strukturellen Dialog (2019) entwickelten Jugendzielen orientieren. Bezüglich des zweiten Aktionsbereichs der EU-Jugendstrategie, der Begegnung Jugendlicher, ist insbesondere das Programm Erasmus+ aufrechtzuerhalten und darüber hinaus das ESK weiterzuentwickeln, um die Gemeinschaft junger Europäer zu fördern. Im Aktionsbereich Befähigung soll insbesondere die Jugendarbeit an Anerkennung gewinnen und durch praktische Tools bereichert werden. Aktionsfeldübergreifend wird es als notwendig erachtet, die intersektorale Zusammenarbeit voranzutreiben. Hierzu soll die Implementierung eines beziehungsweise einer EU-JugendkoordinatorIn als direkte Schnittstelle zwischen den Interessen Jugendlicher und der Europäischen Kommission erfolgen. Als zusätzliche übergeordnete Ziele werden Inklusion und der politische Dialog von der lokalen bis globalen Ebene unter Einbezug der digitalen Medien sowie der sozialen Netzwerke benannt. Zur Überprüfung der Ziele soll weiterhin alle drei Jahre ein Jugendbericht erstellt werden.

### **EU-Jugendkonferenzen und EU-Jugenddialog**

Die EU-Jugendstrategie benennt die EU-Jugendkonferenzen und den EU-Jugenddialog als zentrale Konsultations- und Beteiligungsinstrumente. Für die Umsetzung 2019 und 2020 lag die Verantwortlichkeit bei der Trio-Ratspräsidentschaft von Rumänien, Finnland und Kroatien. Die EU-Jugendkonferenz in Bukarest (März 2019) kam zwar zu einem perfekten Zeitpunkt, um nach Verabschiedung der neuen EU-Jugendstrategie (2019 bis 2027) den Beteiligungsprozess mit dem neu eingeführten EU-Jugenddialog (7. Konsultationszyklus) zu starten und den politischen Absichtserklärungen zu mehr Einbezug von jungen Menschen in die Politik Glaubwürdigkeit zu verleihen. Allerdings wurde der EU-Jugenddialog von den politisch Verantwortlichen angezweifelt und der Umgang mit den formulierten Europäischen Jugendzielen blieb unklar.<sup>4</sup> Bei der folgenden EU-Jugendkonferenz in Helsinki (Juli 2019) wurde der Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit, interkulturelle und inklusive Jugendarbeit sowie die Beschäftigungsfähigkeit gelegt. Ein Rückbezug zu den formulierten Jugendzielen fand auch hier kaum statt. Für die Jugendkonferenz in

---

4 Vgl. Deutscher Bundesjugendring: Start des neuen EU-Jugenddialogs missglückt, März 2019, abrufbar unter: <https://jugenddialog.de/test> (letzter Zugriff: 21.10.2020); vgl. Deutscher Bundesjugendring: Ergebnisse der Jugenddialog Umfrage, November 2019, abrufbar unter: <https://jugenddialog.de/ergebnisse> (letzter Zugriff: 21.10.2020).

Zagreb (März 2020) wurden schließlich die Ergebnisse des 7. Konsultationszyklus in Bezug auf die Jugendziele 6 „Jugend im ländlichen Raum voranbringen“, 7 „Gute Arbeit für alle“ und 8 „Gutes Lernen“ vorgelegt und abgestimmt.<sup>5</sup> Sie fanden teilweise in den Schlussfolgerungen des Rates „Mehr Chancen für junge Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten“<sup>6</sup> vom 26. Mai 2020 jugendpolitische Beachtung. Mit Rückbezug auf die Strategische Agenda der EU (2019 bis 2024), die Leitprinzipien Gleichheit, Gleichbehandlung, Inklusion und Teilhabe der EU-Jugendstrategie und die Agenda 2030 der Vereinten Nationen werden die Mitgliedstaaten ersucht, sektorübergreifende Ansätze zur Überwindung der Ungleichheiten zwischen städtischen und ländlichen beziehungsweise abgelegenen Gebieten zu fördern, Aktionspläne aufzustellen und Modelle zu entwickeln, die Teilhabe junger Menschen aus ländlichen Räumen zu verbessern, beispielsweise durch lokale Jugendräte oder Konsultationen. Zudem soll die Verkehrssituation verbessert sowie die erforderliche digitale Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Die Europäische Kommission wird aufgefordert, diesbezüglich Forschung voranzutreiben, die Ergebnisse des EU-Jugenddialogs verstärkt auch in anderen Politikbereichen sowie im Rahmen der Jugendpartnerschaft zwischen der EU und dem Europarat zu berücksichtigen. Für den Sektor der EU-Jugendpolitik wird empfohlen, die Berufs- und Beschäftigungschancen von jungen Menschen im ländlichen Raum zu fördern und die EU-Jugendprogramme zu nutzen, um das Potenzial der jungen Generation aus abgelegenen Gebieten besser auszuschöpfen.

Um künftig die Umsetzung der Europäischen Jugendziele überprüfen zu können, wurden von einem Wissenschaftler und fünf nationalen Jugendringen im Rahmen einer Strategischen Partnerschaft von Erasmus+ JUGEND IN AKTION 145 Indikatoren<sup>7</sup> zur Messbarkeit entwickelt und eine Auswertung mit Empfehlungen zum Jugendziel 6 „Jugend im ländlichen Raum voranbringen“ vorgelegt (Bárta 2020).

### **Finanzrahmen für die EU-Jugendpolitik und Auswirkungen des Brexit**

Die Europäische Kommission hatte erstmals 2018 ihren Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum von 2021 bis 2027 präsentiert. Dieser sah im Jugendbereich die zweitstärkste Steigerung im gesamten MFR vor. Das Budget für Erasmus+ sollte von 14,7 auf 30 Mrd. Euro verdoppelt werden, um das Programm nachhaltig zu stärken, inklusiver zu gestalten und generell zu erweitern. Die Initiative #DiscoverEU mit einem kostenlosen Interrail-Ticket für 18-Jährige in der EU wurde mit 700 Mio. Euro in den Rahmen von Erasmus+ gestellt. Des Weiteren wurden der Ausbau und eine Erweiterung des ESK um das Programm „EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe“ vorgeschlagen. Dem Vorschlag wurde jedoch seitens des Europäischen Parlaments und von Jugendverbänden ein Mangel an Konkretisierungen und ein zu niedriges Budget vorgeworfen. Weitere Kritik richtete sich auf die Finanzierung von #DiscoverEU, die nicht zu Lasten

5 Kroatische Ratspräsidentschaft: A strong Europe in a world of challenges. Programme of the Croatian Presidency of the Council of the European Union, 1 January – 30 June 2020, 20.12.2019, abrufbar unter: [https://vlada.gov.hr/UserDocsImages/Vijesti/2019/12%20prosinac/31%20prosinacweb\\_FINAL\\_PROGRAMME\\_EN\\_FINAL.pdf](https://vlada.gov.hr/UserDocsImages/Vijesti/2019/12%20prosinac/31%20prosinacweb_FINAL_PROGRAMME_EN_FINAL.pdf) (letzter Zugriff: 21.10.2020), hier S. 47-48.

6 Rat der EU: Conclusions of the Council and of the Representatives of the Governments of the Member States meeting within the Council on Raising Opportunities for Young People in Rural and Remote areas, 26.5.2020, Dok 8265/20.

7 Ondřej Bárta: Rural Youth Indicators: Open Source Indicators for Evaluating Youth Goals Implementation, 2020, abrufbar unter: [https://jugenddialog.de/wp-content/uploads/2020/07/Rural-Youth-Indicators\\_Open-Source-Indicators-for-Evaluating-Youth-Goals-Implementation\\_Final-1.pdf](https://jugenddialog.de/wp-content/uploads/2020/07/Rural-Youth-Indicators_Open-Source-Indicators-for-Evaluating-Youth-Goals-Implementation_Final-1.pdf) (letzter Zugriff: 21.10.2020).

des EU-Jugendbereichs erfolgen dürfe.<sup>8</sup> Im Kontext der Covid-19-Pandemie wurde am 27. Mai 2020 zusätzlich ein Wiederaufbauplan aufgesetzt und der MFR auf 1,1 Bio. Euro erhöht. Bezüglich der EU-Jugendprogramme wird nun für Erasmus+ ein Mittelzuwachs auf 27,89 Mrd. Euro und für das ESK wird eine Mrd. Euro im MFR vorgesehen. Am 21. Juli 2020 hat sich der Europäische Rat neben dem Wiederaufbauplan zur Bekämpfung der Pandemie-Auswirkungen, wobei der Wiederaufbauplan „Next Generation EU“ auch Maßnahmen zur Beschäftigung von jungen Menschen anvisiert, auf den MFR 2021 bis 2027 geeinigt. Dabei fällt der Budgetansatz für die Förderinstrumente der EU-Jugendpolitik trotz einer Erhöhung deutlich hinter das Vorhaben der Europäischen Kommission von 2018 zurück.<sup>9</sup>

Mit dem EU-Austritt ist das Vereinigte Königreich seit dem 31. Januar 2020<sup>10</sup> rechtlich kein EU-Mitglied mehr. Das Austrittsabkommen beinhaltet jedoch zahlreiche Übergangsregelungen, so dass das Vereinigte Königreich uneingeschränkt bis zum Abschluss der EU-Förderprogramme 2020, so auch Erasmus+, JUGEND IN AKTION und im ESK, wie ein EU-Mitgliedstaat teilnimmt. Alle genehmigten Projekte können ihre Aktivitäten für die gesamte Projektdauer, auch über den 31. Dezember 2020 hinaus, durchführen. Dies gilt ohne Einschränkungen auch für die Mobilitätsprogramme. Ab dem 1. Januar 2021 wird das Vereinigte Königreich als Drittland eingestuft, was die Möglichkeit eröffnet, als ein solches an den EU-Programmen teilzunehmen. Dies hängt jedoch von den Ergebnissen der weiteren Gesamtverhandlungen ab. Aufgrund der Erfahrung mit den Brexit-Verhandlungen erscheint eine überganglose Beteiligung des Vereinigten Königreichs wenig realistisch.

### **Konferenz zur Zukunft Europas und Initiative „Die europäische Jugend vereint“**

Gemäß der Mitteilung der Europäischen Kommission zur Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas<sup>11</sup> sollen alle EuropäerInnen Möglichkeiten erhalten, sich in die Gestaltung der EU-Politik aktiv einzubringen.<sup>12</sup> Dabei werden besonders jüngere Generationen hervorgehoben. Es ist beabsichtigt, interaktive und kreative Formate wie Festivals oder sportliche Wettbewerbe zu schaffen, um speziell Jugendliche anzusprechen.

Mit der Konferenz beabsichtigt die Europäische Kommission, einen transparenten und inklusiven „Bottom-Up“-Mechanismus für mehr europäische Bürgerpartizipation zu etablieren. Damit das Vorhaben nicht zum Elitenprojekt wird und unterschiedliche junge Menschen auch eine Chance haben, sich eine differenzierte Meinung zu bilden sowie

---

8 Vgl. Jugend für Europa: In die Menschen investieren: EU-Kommission legt Vorschlag für Mehrjährigen Finanzrahmen vor, 4.5.2018, abrufbar unter: <https://www.jugendpolitikineuropa.de/beitrag/in-die-menschen-investieren-eu-kommission-legt-vorschlag-fuer-mehrjaehrigen-finanzrahmen-vor.10631/> (letzter Zugriff: 21.10.2020); Europäisches Parlament/Ausschuss für Kultur und Bildung: Pressemitteilung: Long-term EU budget: MEPs slam cuts to culture and education, 22.6.2020, Dok 20200619IPR81615.

9 Jugend für Europa: Europäische Kommission schlägt Aufbauplan nach der Corona-Pandemie vor und fordert Mittelzuwachs für Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps, 28.5.2020, abrufbar unter: <https://www.jugendfuereuropa.de/news/10937-europaeische-kommission-schlaegt-aufbauplan-nach-der-corona-pandemie-vor-und-fordert-mittelzuwachs-fuer-erasmus-und-europaeisches-solidaritaetskorps/> (letzter Zugriff: 21.10.2020).

10 Rat der EU: Beschluss (EU) 2020/135 des Rates vom 30. Januar 2020 über den Abschluss des Abkommens über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft, 30.1.2020, in: Amtsblatt der EU L 29/1.

11 Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission, Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas, 22.1.2020, COM(2020) 27 final.

12 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Konferenz zur Zukunft Europas“ in diesem Jahrbuch.

diese in den EU-Reformprozess einzubringen, reicht es nicht, Jugendliche als Zielgruppe zu benennen. Es sind verbindlichere Mitwirkungsstrukturen und Angebote der politischen Bildung aufzuzeigen. Um die Ergebnisse des EU-Jugenddialogs angemessen zu berücksichtigen, müsste ein klarer Bezug zu den Beteiligungsinstrumenten der EU-Jugendpolitik und den Jugendzielen hergestellt werden. So könnte die EU dem in der EU-Jugendstrategie formulierten „dualen Ansatz“ der Jugendpolitik<sup>13</sup> tatsächlich gerecht werden.

Die Pandemie hat junge Menschen vor große Unsicherheiten in Bezug auf ihren weiteren Ausbildungs- und Berufsweg, ihr soziales Leben und die Gestaltung ihrer Freizeit gestellt. Auch fordern die Auswirkungen der Pandemie die Jugendarbeit stark heraus. In einer europaweiten Studie äußern 70 Prozent der befragten JugendleiterInnen, dass die Pandemie ihre Arbeit enorm beeinträchtigt. 54 Prozent der befragten Jugendlichen erachten den Zugang zu Jugendaktivitäten als massiv eingeschränkt. Nur 9 Prozent der JugendleiterInnen geben an, während der Krise ihre Teilnehmenden erreicht und mit ihnen gearbeitet zu haben.<sup>14</sup> Mehr denn je kommt Jugendorganisationen, nichtstaatlichen Jugendinitiativen und öffentlichen Einrichtungen im Jugendsektor bei der Unterstützung junger Menschen eine zentrale Rolle zu. An diese Einrichtungen richtet sich der im Mai 2020 veröffentlichte Aufruf „Europäische Jugend vereint“<sup>15</sup> der Europäischen Kommission zur Einreichung von Erasmus+-Projekten im Verbund von mindestens fünf Partnerländern. Ziel ist die Stärkung der Teilhabe junger Menschen am bürgerschaftlichen Leben sowie die Förderung des grenzüberschreitenden Austauschs und ihrer Mobilitätsaktivitäten.

### **Jugendpolitische Schwerpunkte für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020**

Am 1. Juli 2020 hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft<sup>16</sup> übernommen. Wie in anderen Politikbereichen, steht auch für die Jugendpolitik die Frage des gemeinsamen Umgangs mit der Covid-19-Pandemie im Vordergrund. Im Bereich Jugend richtet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Schwerpunktsetzung an den drei Kernbereichen Beteiligen, Begegnen und Befähigen der EU-Jugendstrategie aus. Der Bereich Beteiligen steht unter dem Oberthema „Jugend und Demokratie in Europa“. Hierzu werden Ratschlussfolgerungen zur Förderung des demokratischen Bewusstseins und des demokratischen Engagements junger Menschen in Europa verabschiedet und eine EU-Jugendkonferenz veranstaltet. Es startet der neue Zyklus zum EU-Jugenddialog unter dem Motto „Europe for YOUTH – YOUTH for Europe: Space for Democracy and Participation“. Der Bereich Begegnen steht unter dem Thema „Mobilität junger Menschen“, wozu auch eine Ratsempfehlung zur Mobilität junger Freiwilliger in der EU in Vorbereitung ist. Außerdem werden die Verhandlungen zum ESK (2021 bis 2027) fortgeführt und es steht ein reguläres Treffen der GeneraldirektorInnen für Jugendfragen und der Leitungen der

---

13 Rat der EU: Die EU-Jugendstrategie, 2018, hier S. 3.

14 Research-based Analysis and Monitoring of European Youth Programmes: Research Project on the Impact of the Corona Pandemic on Youth Work in Europe, 14.8.2020, abrufbar unter: [https://www.researchyouth.net/wp-content/uploads/2020/09/RAY-COR\\_Initial-Survey\\_Key-Findings\\_20200814.pdf](https://www.researchyouth.net/wp-content/uploads/2020/09/RAY-COR_Initial-Survey_Key-Findings_20200814.pdf) (letzter Zugriff: 21.10.2020).

15 Europäische Kommission: 2020 annual work programme "Erasmus+": the Union Programme for Education, Training, Youth and Sport, 7.8.2019, C(2019) 5823; Europäische Kommission: Amendment of the 2020 annual work programme for the implementation of "Erasmus+": the Union Programme for Education, Training, Youth and Sport, 3.3.2020, C(2020) 1159.

16 Vgl. deutsche Ratspräsidentschaft: Gemeinsam. Europa wieder stark machen. Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, 1. Juli bis 31. Dezember 2020, 1.7.2020, abrufbar unter: <https://www.eu2020.de/blob/2360246/d0e7b758973f0b1f56e74730bfdaf99d/pdf-programm-de-data.pdf> (letzter Zugriff: 21.10.2020).

Nationalagenturen Jugend an. Der Bereich Befähigen widmet sich dem Thema „Youth Work in Europe“, wozu die „European Youth Work Agenda“ als Ratsentschließung verabschiedet wurde und ein europäischer Fachkongress stattfindet. Ab November 2020 kommt es zur Überschneidung mit dem deutschen Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats. Dies könnte weiteren politischen Rückenwind für die Stärkung der Jugendpolitik bedeuten, wenn dieser als solcher von den politischen Akteuren genutzt wird.

### Fazit

Die Novellierung der EU-Jugendstrategie (2019 bis 2027) erkennt die besondere Rolle junger Menschen in Europa an und befasst sich mit den besonderen Herausforderungen, denen diese gegenüberstehen. Der Beginn des neuen Beteiligungszyklus gestaltete sich 2019 politisch etwas holprig. Es zeigte sich, dass Jugendpartizipation als Grundprinzip der Jugendpolitik offenbar in den Mitgliedstaaten der EU trotz der gemeinsamen europäischen Rahmensetzung hinsichtlich Qualität und Reichweite recht unterschiedlich aufgefasst wird. Hinzu kommt, dass die Covid-19-Pandemie ab Anfang 2020 schwere Einschränkungen für die lokale und internationale Jugendarbeit und damit auch für die Umsetzung der EU-Jugendpolitik in den Mitgliedstaaten bedingte. Die Europäische Kommission versucht seither, den vielerorts existenzbedrohenden Auswirkungen mit einem aufgestockten und erweiterten Förderansatz zu entgegnen. Allerdings besteht weiterhin eine Diskrepanz zwischen der deklarierten zentralen Rolle der jungen Generation in Europa, die am schwersten von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie betroffen ist, und einer recht randständigen politischen und öffentlichen Wahrnehmung der Jugendpolitik. Diese wird sich weiterhin für mehr Eigenständigkeit und Verbindlichkeit sowie einen klar definierten Querschnittsansatz einsetzen müssen, will sie ihrem ambitionierten partizipativen und sektorübergreifenden Anspruch gerecht werden. Hilfreich wäre eine bessere Rückkopplung der Jugendziele mit den weiteren Konsultations- und Beteiligungsinstrumenten und den strategischen Zielen der EU.

### Weiterführende Literatur

- Bundesjugendkuratorium (Hrsg.): Jugendpolitik in Europa jetzt stärken - Verantwortung der EU-Ratspräsidentschaft wahrnehmen, 10.6.2020, abrufbar unter: [https://www.bundesjugendkuratorium.de/assets/pdf/press/bjk\\_zwischenruf\\_jugendpolitik\\_europa.pdf](https://www.bundesjugendkuratorium.de/assets/pdf/press/bjk_zwischenruf_jugendpolitik_europa.pdf) (letzter Zugriff: 21.10.2020).
- Deutscher Bundesjugendring: Ergebnisse des 7. EU-Jugenddialog-Zyklus zum Europäischen Jugendziel #6. Jugend im ländlichen Raum voranbringen, Juni 2020, abrufbar unter: <https://www.dbjr.de/fileadmin/PDF/tmp/Vergleich-Ratsschlussfolgerung-und-Forderungen-aus-Deutschland.pdf> (letzter Zugriff: 21.10.2020).
- Europäisches Parlament (2020): Jugendpolitik. Kurzdarstellungen über die Europäische Union, Januar 2020, abrufbar unter: <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/141/jugendpolitik> (letzter Zugriff: 21.10.2020).
- Eva Feldmann-Wojtachnia/Barbara Tham: Mehrwert und Verstetigung des Strukturierten Dialogs. Evaluierungsbericht zur zweiten Phase der Umsetzung im Rahmen der EU-Jugendstrategie in Deutschland, 2016, abrufbar unter: <https://www.cap-lmu.de/download/2016/StrukturierterDialog2014-2015Online.pdf> (letzter Zugriff: 21.10.2020).
- Manfred von Hebel: Wie sich die Corona-Krise auf die europäischen Jugendprogramme auswirkt und wie damit umgegangen werden kann, 28.5.2020, abrufbar unter: <https://www.b-b-e.de/newsletter/europa-nachrichten-5-vom-2852020/von-hebel-corona-und-europaeische-jugendprogramme> (letzter Zugriff: 21.10.2020).
- Frederike Hofmann-van de Poll): Die EU-Jugendstrategie. Rückblick und Ausblick, in: hessische jugend 1/2019, S. 14-16.